

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 30. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 28. Oktober 2014, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

---

#### Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- Jürgen Arnold
  - Moritz Arnold
  - Hans Bausch
  - Anneliese Bork
  - Michael Fischer
  - Dagmar Gebauer
  - Sebastian Gebauer
  - Renate Geiselbrechtinger (entschuldigt)
  - Axel Globuschütz (entschuldigt)
  - Dr. Michaela Goll
  - Dieter Haggenmüller
  - Dirk Hansmann
  - Volker Heine
  - Timo Klös
  - Gisela Koch
  - Gudrun Lang
  - Harald Liebermann
  - Franziska Lodde
  - Hendrik Lodde
  - Antje Markgraf
  - Uwe Markgraf (entschuldigt)
  - Burkhard Nöh (entschuldigt)
  - Iskender Schütte
  - Dr. Christof Schütz
  - Werner Schwarz
  - Matthias Spangenberg
  - Tim-Ole Steinberg
  - Eva Steinmetz
  - Thomas Utschig
  - Fabian Wedemann
  - Wolfgang Weiß
  - Horst Weitze
  - Michael Wolter
  - Dr. Heinz-Lothar Worm (ab TOP 2)
  - Metin Yildiz
  - Marga Zoller
- c) Magistrat:
- Bürgermeister Jörg König
  - Stadtrat Norbert Arnold
  - Stadtrat Thomas Altenheimer
  - Stadträtin Petra Braun
  - Stadtrat Wolfgang Gath
  - Stadtrat Reinhold Krapf

- |    |                        |  |
|----|------------------------|--|
| d) | Ausländerbeauftragter: | Dr. Ehsan Sadeghian  |
| e) | Frauenbeauftragte:     | -  |
| f) | Jugendvertretung:      | -  |
| g) | Verwaltung:            | -  |
| h) | Presse:                | Christoph Agel, Gießener Allgemeine Zeitung<br>Michael Bender, Gießener Anzeiger |
| i) | Zuhörer:               | 6  |
| j) | Protokollführer:       | Hans Ulrich Heymann  |

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 30. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Mitglieder des Parlamentes, den Magistrat, die Presse sowie alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten sowie dem Lindener Anzeiger Lokal ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert allen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten und insbesondere dem Stadtverordneten Iskender Schütte geb. Isikci zur Eheschließung und dem Stadtverordneten Metin Yildiz zur Geburt des Sohnes Mehmet und überreicht beiden einen Blumenstrauß.

Auf die Frage des Stadtverordnetenvorstehers, ob es Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, erfolgen keine Wortmeldungen.

#### **Tagesordnung:**

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden  
Bebauungsplan Nr. 29 „Ortslage Großen-Linden“ Teil 1/2 westl. Alte Heerstr./Moltkestr.; 2. Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss  
-Magistratsvorlage Drucksache 107/11/16-
3. Projekt „Betreutes Wohnen Linden“ im Bereich des Seniorenzentrums Linden  
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 105/11/16-
4. Anheben der Spielapparatesteuer  
-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 042/11/16-
5. Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2014  
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 112/11/16-
6. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

## **Zu TOP 1**

### **Berichterstattung durch den Magistrat**

Bürgermeister König gibt den Bericht des Magistrats und erklärt, dass er dieses nutze, um insbesondere Fragen aus der letzten Sitzung zu beantworten.

#### Kindergarten „Regenbogenland“

Stadtverordneter Dr. Schütz hatte die Frage gestellt, ob inzwischen alle Kindergartenplätze im neuen Kindergarten „Regenbogenland“ belegt seien. Dazu teilt der Bürgermeister mit, dass noch nicht alle Plätze belegt sind, dass aber voraussichtlich zum Ende des Kindergartenjahres dieses der Fall sein werde.

#### Satzung über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grundsteuer A

Der Bürgermeister bedankt sich bei dem Stadtverordneten Markgraf für den Hinweis, dass die Präambel zu dieser Satzung nicht aktuell wäre, da sich am 14.07.2014 eine Änderung der HGO ergeben habe. Die Magistratsvorlage hierzu trage allerdings das Datum 02.07.2014, so dass diese Änderung noch nicht aufgenommen war. Für die Veröffentlichung unter den amtlichen Bekanntmachungen wurde aber die Präambel aktualisiert.

#### Kinderspielplätze

Stadtverordneter Gebauer hatte darauf hingewiesen, dass die Vogelschaukel auf dem Spielplatz im Forst nicht mehr vorhanden sei. Hierzu berichtet der Bürgermeister, dass eine Reparatur des Spielgerätes vorgenommen werden musste, es aber Lieferschwierigkeiten für eine Ersatzteil gab, es jetzt jedoch wieder zur Verfügung stehe. Insgesamt teilt der Bürgermeister mit, dass auf mehreren Spielplätzen in der Stadt nicht mehr funktionsfähige Spielgeräte nach und nach abgebaut und durch Neuananschaffungen, für die die Mittel im Haushalt bereit stehen, ersetzt werden.

#### Baugebiet „Nördlich-Breiter-Weg“

Nach dem Sachstand in dieser Angelegenheit hatte Stadtverordneter Dr. Schütz gefragt. Hier habe er gerade jetzt mit dem Vermesser gesprochen und dieser mitgeteilt hat, dass die Vermessungen im Bereich dieser Planungsphasen 1 – 4 quas fast am Ende wären. Insoweit gehe er davon aus, dass das dort Beauftragte zu einem baldigen Ende gebracht werden könne.

#### Wertstoffhof

Der Bürgermeister erklärt, dass hierzu die Gespräch mit dem Landkreis stattgefunden haben. Hier gäbe es noch weiteren Bedarf zum Informationsaustausch. erforderlich ist. Es gab aber auch hier Ideen, für die er sehr dankbar sei, innerhalb des Magistrats, man hier zu einer zufriedenstellenden Lösung kommen werde. Hierzu werde er weiter berichten.

#### Wilhelmstraße

Bürgermeister König erinnert, dass die Stadtverordnete Geiselbrechtinger darauf hingewiesen habe, dass nun das Bauprojekt der Behinderteneinrichtung in der Wilhelmstraße nahezu fertiggestellt sei und hatte gefragt, was sich hinsichtlich eines Überweges getan habe. Dazu war mitgeteilt worden, dass hier die Verkehrszählung ergeben hatte, dass kein Überweg angelegt werden könne, da dafür Zu wenig Kraftfahrzeugen die Stelle passieren und auch nur eine geringe Anzahl an Fußgängern die Straße queren. Dennoch habe er sich noch einmal an HessenMobil gewandt, um eine Lösung zu finden.

#### Abriss des alten Kindergartens „Regenbogenland“

Die zum Abbruch erforderlichen Arbeiten wurden beschränkt ausgeschrieben. Bei den abgegebenen fünf Angeboten ergab sich ein Preisunterschied von 25.000 € zwischen dem günstigsten und dem teuersten Anbieter. Das nunmehr zu beauftragende Unternehmen erfülle die Auflagen die hier hin-

sichtlich der Entsorgung der Schadstoffe bestehen. Die Beauftragung des günstigsten Anbieters erfolge in der nächsten Magistratssitzung.

#### Amtliche Mitteilungsblätter

Leider müsse er mitteilen, dass das den „Lindener Anzeiger“, der seit Januar 2010 verteilt wird, ab dem 01. Januar 2015 nicht mehr geben werde. Der Verlag wollte sich eher einen redaktionellen Teil vorstellen und weniger die Hinweise auf Veranstaltungen vornehmen, insbesondere wenn sie sich wiederholen. Die Vereine wollten aber diese Hinweise auf ihre Veranstaltungen. Insofern hatte der herausgebende Verlag schon vorsorglich vor längerer Zeit den Vertrag über die Herausgabe des Bekanntmachungsblattes mit der Stadt zum 31.12.2014 gekündigt. Man habe dann noch versucht, die eine oder andere Umstellung vorzunehmen. Aber auch das habe den Verlag nicht daran gehindert, die Kündigung aufrecht zu erhalten, so dass die Herausgabe des „Lindener Anzeigers“ am Ende des Jahres eingestellt wird.

#### Haushaltsvollzug

Bürgermeister König verweist auf § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), wonach mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu berichten ist und macht dann entsprechende Ausführungen, die nachstehend noch einmal wieder gegeben werden.

„Das Ordentliche Ergebnis zum Stand 24. Oktober 2014 weist zum Buchungstag 24. Oktober 2014 einen Fehlbetrag von 782.473,50 € aus. Hinzu kommen anteilig für das 1., 2. und 3. Quartal 2014 rd. 600 TER für Abschreibungen, reduziert um rd. 84 TER aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Somit erhöht sich der Fehlbetrag aufgrund des derzeitigen Buchungsstandes auf 1.298.473,50 €.

Angesichts zu erwartender Ertragssteigerungen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer bis Ende des laufenden Jahres wird das geplante ordentliche Ergebnis lt. Nachtragshaushaltssatzung in Höhe von -22.050 EUR erreicht (Minus ist in dem Sinne ein Plus) und ein Fehlbetrag ist zum 31.12.2014 voraussichtlich nicht zu erwarten.

Der Finanzmittelbestand zum 24. Oktober 2014 beträgt -151.970,77 €. Wissen müssen Sie, dass die Einkommenssteueranteile Ende Oktober zur Auszahlung kommen. Genauso die Gewerbesteuerentnahmen sind am 15.11. fällig und Nachzahlungen aus dem Bereich werden ebenfalls im November noch kommen.“

#### Zu TOP 2

**Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden**

**Bebauungsplan Nr. 29 „Ortslage Großen-Linden“ Teil 1/2 westl. Alte Heerstr./Moltkestr.;**

**2. Änderung**

**hier: Aufstellungsbeschluss**

**-Magistratsvorlage Drucksache 107/11/16-**

Bürgermeister König gibt noch einmal Erläuterungen zu der Änderung des Bebauungsplanes. Er führt aus, dass das daraus resultierende Projekt in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt von der Projektfirma vorgestellt wurde. Ein Investor hat unterhalb des Gasthauses Schaum das größere Gelände der ehemaligen Gärtnerei erworben. Der Investor hat vor, dort Wohnungen zu errichten in drei Gebäuden hinsichtlich seniorengerechtem Wohnen. Es soll ein Bereich mit Leben erfüllt werden, der derzeit dort brach liegt. Im Ausschuss war auch schon angeklungen, dass dort das eine oder andere Problem hinsichtlich des Verkehrs entstehen könnte. Aber man befindet sich beim Beschluss zum Aufstellungsverfahren und das heiße, dass alle Probleme, die jetzt noch kommen werden, werden in das Verfahren eingebracht und am Ende dessen, werde sich herausstellen, ob das Parlament dieser Idee folgt oder es nicht der Fall ist. Er bittet um Zustimmung zu der Vorlage und betont, dass hieraus Kosten für die Stadt nicht entstehen werden, da die Planungskosten vom Investor getragen werden.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt, Stadtverordneter Gebauer, teilt mit, dass im Ausschuss in der letzten Sitzung einige Anregungen und Fragen vorgebracht und zur Zufriedenheit der Ausschussmitglieder beantwortet wurden. Sicherlich müsse man noch über gewisse Lärmschutzmaßnahmen sprechen, weil direkt angrenzend eine Gaststätte vorhanden ist. Desweiteren hat der Ausschuss durchblicken lassen, dass man dem Stellplatzschlüssel von 1,5 pro Wohneinheit eher bevorzuge, aber letztlich würden es die weiteren Beratungen dann zeigen. Der Aufstellungsbeschluss wurde mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen zu einer Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Stadtverordnete Markgraf führt aus, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Primär führt sie an, dass man hier seinerzeit gemeinsam einen Flächennutzungsplan und einen Landschaftsplan auch auf der Basis des Regionalplanes beschlossen habe. Dort stehe eindeutig, dass es sich bei diesem Gebiet um den Kernbereich handelt mit der alten Ortslage. Sie zitiert daraus und führt aus, dass zur Bewahrung der gewachsenen Siedlungsstruktur des Ortsbildes sollten Maßnahmen der Verkehrsvermeidung u. a. geschaffen und eingehalten werden und die historische Ortskerne sollten in ihrer Bausubstanz dauerhaft erhalten bleiben. Dieses sollte auch unterstützt werden durch denkmalgerechte Sanierung und ein Teil der Anlage sei als geschützte Anlage in der Altortslage beschrieben. Desgleichen werde auch im Regionalplan angeführt, dass negative Verdichtungsfolgen zu vermeiden seien. so ausgeführt. Weiter müsse man von einer erheblichen Verkehrszunahme ausgehen, zumal dieser Bereich ohnehin schon kritisch sei und hier auch die Zufahrten zu den Kindergärten wie auch Schule gegeben sind. Wegen der Risiken sollte man sich an die eigenen Vorgaben halten. Man sehe die Gefahr, dass man nachher einen Fremdkörper in dem alten Ortskern habe. Außerdem habe das Ganze Signalwirkung und werde als Präzedenzfall genutzt.

Stadtverordneter Heine nimmt für seine Fraktion Stellung zu diesem Projekt. Man habe hier von einem Investor sehr intensive Pläne vorliegen. Vorab war wohl über eine dreigeschossige Bebauung gesprochen worden, die jetzt auf eine zweigeschossige Bebauung zurückgegangen sei. Man sollte sich hier nicht nur über Neubaugebiete unterhalten, man müsse sich über die nächsten Jahre auch Gedanken über die alten Ortskerne machen wegen drohender Lehrstände. Er betont, dass diese Erschließung zu begrüßen sei. Man werde in der nächsten Zeit die Träger öffentlicher Belange hören und deren Anregungen und Bedenken entgegen nehmen. Er regt abschließend an, die Bebauungspläne zu den alten Ortslagen zu überarbeiten und nach über 20 Jahren den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Er erklärt, dass seine Fraktion zustimmen werde.

St.v Liebermann erklärt, dass man in vielen Punkten zustimmen könne. Er denke, dass es absolut richtig sei, ein solches Gebiet zu nutzen und es keine Sinn mache, es brach liegen zu lassen. Ob das, was jetzt vorgestellt worden sei, nachher die finale Lösung wäre, sei eine andere Frage. Hier habe man auch zum Teil Bedenken, die auch schon angesprochen wurden. Die angesprochenen Fragen müssten im Vorfeld geklärt werden. Die Klärung könne aber nur erfolgen, wenn man das Ganze auf den Weg bringe. Es sei auch eine Zielvorgabe, dass die alten Ortskerne nicht aussterben dürften und hier müsse man sich noch Gedanken machen. Bei der Offenlegung würden sicherlich noch ganz andere Belange mitspielen, wie auch der Denkmalschutz. Insgesamt würden Vorgaben gemacht an die der Investor sich dann halten müsse.

Stadtverordneter Bausch führt aus, dass man diesem Antrag zustimmen werde. Man dürfe nicht immer mehr in die Landschaft gehen und diese versiegeln und dabei die alten Ortskerne vernachlässigen. Und dieses sollte dann mal überarbeitet werden.

Stadtverordneter Fischer betont, dass es sicherlich richtig, dass man etwas tun müsse, um alte Ortskerne attraktiv zu erhalten. Es sei auch richtig, dass da dann eine verdichtete Bebauung. Er meint aber auch, dass die Vorgehensweise die umgekehrte sein müsse. In der Vorlage sei ausgeführt, dass Ziel der Änderungsplanung sei mithin eine Anpassung an das Nutzungskonzept des Investors. Die Stadt müsse ihre Anforderungen formulieren als Zielvorgabe und daran hätten sich potentielle Investoren zu halten. Es könne sich nicht ein Investor ausdenken, was er auf einem Grundstück machen und die Stadt passe dann ihre Pläne daran an. Schon deshalb sei das Ansinnen abzulehnen. Er geht dann auf die Vorlage ein, wonach der Bebauungsplan Aussagen über die gesicherte infrastrukturelle Erschließung enthält. Er fragt, was der Bebauungsplan für eine verkehrliche Erschließung vorgesehen. Bürgermeister führ dazu aus, dass wie in der Ausschuss-Sitzung dargelegt, gebe es hier drei verschiedene Varianten, was den Verkehrsfluss aus und in das Grundstück angehe. Es war eine Einbahnstraßenregelung angedacht. Man sei aber zur Erkenntnis gekommen, dass dieses eher problematisch sei, wenn eine Ausfahrt über das Kriegergässchen zur Weinbergstraße erfolge. Der Variante der Ein- und Ausfahrt zur Bahnhofstraße wurde der Vorzug gegeben. Das dort mehr Verkehr entsteht,

ist klar. Der Einwand des Stadtverordneten Fischer sei auch nicht ganz von der Hand zu weisen. Bei anderen Baugebieten gebe die Stadt vor. Hier sei aber er Investor an die Stadt herangetreten. Dieser habe auch das Grundstück vorher erworben von einem Privatmann. Er habe dann seine Pläne an die Stadt herangetragen und habe zunächst eine 3-stöckige Bebauung vorgesehen, was von vornherein so nicht akzeptiert werden konnte. Danach habe er dann mehrmals nachgebessert. Letztlich müsse das Parlament entscheiden, ob man einer derartigen Bebauung zustimmen könne. Es gebe viele Gründe, die für eine Aufwertung dieses Innenstadtbereiches sprächen, wobei es auch verkehrstechnisch die eine oder andere Bedenken gäbe. Im Verfahren sollten Lärm- und Denkmalschutz geklärt werden.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass man sich vorstellen könne, was im Ortskern auf längere Zeit vielleicht passieren könne und in mehr oder weniger größeren Abständen würden Investoren auftauchen, die irgendein Grundstück bebauen möchten. Sollte dieses dann dazu führen, dass man hier jedes Mal angepasst an die Vorstellungen des Investors dann eine gesonderte Bebauungsplan-Änderung, möglicherweise Grundstücksbezogen, vornehmen werde. Er erinnert, dass ganz in der Nähe bei einer Änderung seinerzeit der Bürgermeister Widerspruch gegen den Parlamentsbeschluss eingelegt hat.

Stadtverordnete Zoller teilt mit, dass ihrerseits dem Aufstellungsbeschluss zugestimmt werde. Es müsse aber eine gute Lösung für den Verkehrsfluss gefunden werden.

Stadtverordneter Liebermann widerspricht dem Stadtverordneten Fischer und erklärt, dass man ja für die alten Ortskerne die einfachen B-Plan habe. Dieses habe eine vernünftige Regelung ergeben und dadurch sei vieles entstanden. Hier befand sich ein Gewerbebetrieb und dieses sei eine ganz andere Situation. Hier müsse man etwas regeln, da es nicht anders gehe.

Stadtverordneter Spangenberg erwidert auf diese Ausführungen und führt aus, dass man ein paar Hofreiten habe und man das dann verdichte, sei in Ordnung. Hier aber verdichte man zusätzlich, da man hier keine Scheunen sondern Gewächshäuser hatte. Man schaffe sich dadurch eine verkehrliche Problematik, die zum Desaster führe. Noch oben gehe in der Bahnhofstraße jetzt schon kaum noch etwas.

Stadtverordneter Heine betont, dass eine generelle Überarbeitung der Altortspläne 2-3 Jahre dauern werde und so lange könne man den Eigentümer nicht warten lassen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 107/11/16 ergibt 21 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung .

### **Zu TOP 3**

#### **Projekt „Betreutes Wohnen Linden“ im Bereich des Seniorenzentrums Linden -Magistratsvorlage Drucksache Nr. 105/11/16-**

Bürgermeister König erläutert die vorliegende Magistratsvorlage. Ein Teilstück eines städtischen Grundstücks unterhalb des Seniorenzentrums soll verkauft werden. Die Vorstellungen hierzu wurden schon vor der Sommerpause von dem Investor vorgestellt. Es habe dann noch etwas gedauert, da die Fragen der Erschließung zu klären waren. Zudem galt es einen Verkaufspreis für diese Fläche zu finden und festzulegen. Er gibt hier zu noch weitere Erläuterungen, insbesondere zu dem Verkaufspreis und erklärt auch, dass eine Zusage zur Betreuung der in Wohnung wohnenden vorliegt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss teilt die Vorsitzende, Stadtverordnete Lodde, mit, dass der Ausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung gegeben habe.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 105/11/16 ergibt: 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme.

### **Zu TOP 4**

#### **Anheben der Spielapparatesteuer**

#### **-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 042/11/16-**

Dr. Schütz geht auf den Antrag seiner Fraktion ein und gibt dazu Erläuterungen. Man habe im April den Antrag eingereicht, mittlerweile sei viel Zeit ins Land gegangen, was man aber nicht kritisieren wolle, vielmehr sei es schön, wenn es am Ende so werde. Es gehe um Spielgeräte in Spielhallen und öffentlichen Einrichtungen, bei den man nachweisen kann, wie viel Geld durch einen solchen Apparat fließt.

Hier solle im § 4, Absatz 1, von 10 auf 15 v.H. der angehoben werden. Dabei sollten nach den Vorstellungen seiner Fraktion die in der seitherigen Satzung bestehenden höchstens 85 € durch einen Festbetrag werden, nämlich 100 €. An weiterer Stelle im § 4 sollte ebenfalls 10 v.H. durch 15 v.H. ersetzt werden. Hier allerdings der Festbetrag von 40 € auf 70 €.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart unterbricht die Ausführungen und weist darauf hin, dass nicht noch einmal der gesamte Antrag vorgetragen werden müsse, da sich die Zahlen doch in der gemeinsamen Ausarbeitung wesentlich verändert haben und es dann irreführend sei. Es liege jetzt eine Vorlage vor, die in fast allen Punkten bereits einstimmig im Ausschuss beschieden wurde. Lediglich zum § 4 gab es unterschiedliche Vorschläge. Er fasst noch einmal zusammen, dass in der Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung eine Satzung erarbeitet wurde, die in allen Punkten Einstimmigkeit ergab, bis auf den § 4, die Steuersätze. Und wenn es heute über alle Fraktionen einhellig Zustimmung fände, würden die Steuersätze bei allen auf 14 % der Bruttokasse in der Satzung niedergeschrieben.

Bürgermeister König weist darauf hin, dass hier etwas von Dr. Schütz unglücklich formuliert war, denn in öffentlichen Einrichtungen gebe es keine Spielgeräte.

Stadtverordneter Heine führt aus, dass es noch zwei Punkte gebe, die noch nicht einmütig geregelt wurden. Das sei der Punkt 4 bei den Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit, wo der Bürgermeister bei 6 v.H. bleibe, während die SPD-Fraktion 15 v.H. vorgeschlagen hatte. Bei den Geräten mit Gewinnmöglichkeiten hatte man 12 v.H. und die SPD-Fraktion 15 v.H. Er stellt die Frage, ob man sich bei beiden Punkten jetzt auf die 14 v.H. einigen könne.

Stadtverordneter Fischer, erklärt dass man einen Fraktionsantrag vorlegen habe, wobei es wohl sein mag, dass in der Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung weitgehend Einigung erzielt wurde. Es sei aber an der antragstellenden Fraktion ihren Antrag anzupassen und nicht hier eine allgemeine Gemengelage herzustellen. Wenn die Fraktion B90/Grüne wolle, dass ihr Fraktionsantrag werde, in dem Sinne wie der HFA es vorgeschlagen habe mit einer Maßgabe 14 % oder wie auch immer, dann müsste sie ihren Fraktionsantrag entsprechend ändern und nicht den alten Antrag noch einmal verlesen, der eigentlich wohl nicht mehr erwünscht sei. Daher sollte die jetzt vorliegende Satzung Grundlage sein.

Stadtverordneter Spangenberg ergänzt, dass man die 6 % im HFA auch im Konsens entschieden habe, aber dieses nicht der Punkt war um den es ging. Es ging um die 12 oder 15 Prozent zu denen man eben mit allen Fraktionen und der FDP darauf verständigt, dass man die 14 % übernehmen sollte. Dieses wäre dann die Beschlussvorlage. Dieses müsse die antragstellende Fraktion dann aber auch so formulieren.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt hierzu, dass diese Vorstellung O.K. sei und seine Fraktion nicht an 14 oder 15 % hänge. Ihn irritiere aber an der ganzen Diskussion, dass man Kindergartengebühren um 25 bis 30 % erhöht habe, man jetzt aber bei der Spielapparatesteuer plötzlich zucke. Er betont, dass der Antrag seiner Fraktion dahingehend geändert werde, dass in § 4 Abs. 1 a jetzt 10 v.H. durch 14 v.H. ersetzt werde. Man streiche in dem Antrag die Höchst- und Festbetragsformulierung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart und Stadtverordneter Dr. Schütz klären im Zwiegespräch, dass die Vorlage, wie sie im HFA erarbeitet worden ist, mitgetragen werde mit der Maßgabe einheitlich 14 % unter § 4.

Stadtverordneter Liebermann weist noch einmal auf die Vorlage hin, die am heutigen Abend mit der Überschrift „Aktuelle Fassung“ verteilt wurde, in der zwei Punkte noch offen waren. In § 4 Abs. 1a und b habe man sich vorhin in einer kurzen Runde des Ältestenrates auf 14 % geeinigt, alles andere sollte so übernommen werden. Wenn B90/Grüne damit einverstanden, sollte es mit einem kräftigen Ja bestätigt werden. Weiter erklärt er, dass man nicht zittere oder zögere, sondern die Erhöhung sei, weil auch die Deckelung weg falle, sehr deutlich.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart führt aus, dass man hier allen darstellen könne, dass wenn diese Erhöhungen beschlossen und ausgeführt würden, man sich dann über Erhöhungen, die das 3- und 4-fache des seither angesetzten Betrages im Haushalte erhöhten, unterhalte.

Stadtverordneter Heine verweist darauf, dass man im Ausschuss eine sehr knappe Abstimmung hatte, zu dem Punkt der jetzt in der neuen Vorlage unter 2 a und b aufgeführt sei. Hier ging es noch um 6%, wobei die SPD eine Vorlage mit 15% hatte. Er möchte, dass auch hier 14% eingesetzt werde.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart führt aus, dass man unter § 4 Abs. 1a und b einheitlich 14% habe und unter 2 6 v.H.

Stadtverordnete Lodde, als Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschuss, berichtet aus der letzten Sitzung dieses Ausschusses. Basis und Ausgangslage der Beratung war der Antrag von B90/Grüne. Zudem lag ein weiterer Vorschlag des Bürgermeisters sowie einen Vorschlag der SPD-Fraktion. Die-

ses wurde dankenswerterweise von einem Mitglied der SPD-Fraktion aufgearbeitet und als Synopse dargestellt. Es wurden dann Einzelabstimmungen vorgenommen. Bis auf den § 4 war man sich in allen Punkten einig, so dass man nicht die Satzung als Gesamtbeschluss empfehlen konnte. Daher müsse dieser Punkt vorher noch einmal abgestimmt werden.

Stadtverordneter Heine erklärt, dass die 6 % hier zu wenig seien und auch der Satz von 14% eingeführt werden sollte.

Stadtverordnetenvorsteher lässt über die gewünschte Änderung abstimmen und erklärt, dass bei § 4, 2 klein a und b nicht 6 v.H. sondern 14 v.H. aufgenommen werden.

Die Abstimmung ergibt: 10 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Somit ist dieser Passus mehrheitlich nicht geändert worden.

Er lässt dann über die ausgearbeitete Satzung abstimmen. Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.

## **Zu TOP 5**

### **Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2014**

#### **-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 112/11/16-**

Bürgermeister König führt aus, er im letzten Jahr einen sehr unschönen Nachtrag einbringen musste, man es in diesem Jahr ein wenig entspannter den Nachtrag zur Kenntnis nehmen dürfe. Der heutige Nachtrag sei auch nur deshalb nötig, da ja ein Beschluss zur Mittelbereitstellung für die vorzunehmende Entwurfsplanung für das Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ in Höhe von 92.000,00 Euro gefasst worden war. Der Mehraufwand für „Die Mäuschen“ in Höhe von 72.000,00 Euro konnte in diesem Jahr durch Einsparungen anderer Ausgabenpositionen kompensiert werden. Es seien auch keine weiteren Gründe für den Erlass einer Nachtragssatzung, wie die Gefährdung des Haushaltsausgleichs, die erhebliche Erhöhung von Ausgaben oder Stellenplanänderungen gegeben. Wesentliche Änderungen der Haushaltsansätze habe der Nachtragshaushalt nicht erfahren. Er betont ausdrücklich, dass sich die Finanzlage der Stadt, im Gegensatz zum letzten Jahr, durch die vorgenommenen moderaten Steuer- und Gebührenerhöhungen wieder verbessert habe. Selbst die im letzten Jahr noch festzustellenden Rückgänge bei der Gewerbesteuer, der Einkommenssteuer und bei den Grundstücksverkäufen trafen für das Jahr 2014 nicht zu. Man habe in allen 3 Fällen Ertragssteigerungen zu verzeichnen. Bezüglich der Grundstücksverkäufe sei festzustellen, dass von den letzten 3 noch nicht verkauften Grundstücken sich bei zweien der Vertrag bereits beim Notar befinde und eine definitive Kaufzusage beim letzten Grundstück vorliege.

Wie man aus dem Vorbericht entnehmen können, vermindert sich im Ergebnishaushalt das ordentliche Ergebnis von - 67.750 EUR um 45.700 EUR auf - 22.050 EUR. Beim Verkauf von Grundstücken seien Mehreinnahmen zu verzeichnen. Das außerordentliche Ergebnis erhöhe sich um - 285.000 Euro von - 200.000 EUR auf nunmehr - 485.000 EUR. Dies führe insgesamt zu einer Verbesserung des geplanten Jahresergebnisses um - 239.300 EUR von - 267.750 EUR auf - 507.550 EUR.

In anderen Kommunen sehe es eher düster aus. Der Bürgermeisterkollege in Lich z. B. musste letzte Woche einen Nachtragshaushalt einbringen, der im Ergebnishaushalt trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit eine Verdreifachung des Fehlbetrags im städtischen Etat auswies. Der größte Teil entstand durch eine fällige Gewerbesteuerrückzahlung und Gewerbesteuererstattungszinsen.

An diesem Beispiel sehe man wieder, dass sich Gewerbesteuereinnahmen nicht sicher planen ließen. Der Finanzhaushalt habe dann folgendes Bild. Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit betrage 709.850 EUR, der Saldo aus Investitionstätigkeit betrage - 929.400 EUR und der Saldo aus Finanzierungstätigkeit 998.000 EUR, so dass mit einem Finanzmittelüberschuss am Ende des Haushaltsjahres 2014 von rund 378.450 EUR zu rechnen wäre.

Die Entwicklung des Haushaltes in diesem Jahr zeige, dass die Entscheidung zur Erhöhung einzelner Steuern und Gebühren richtig war. Trotzdem müsse manches Wünschenswerte noch hinten angestellt werden, das Notwendige müsse und solle erledigt werden.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet anschließend die Ausschuss-Vorsitzenden die Sitzungstermine für die vorbereitenden Beratungen festzulegen.



## **Zu TOP 6**

### **Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes**

#### **a)       Bahnviadukt**

Stadtverordneter Spangenberg erklärt, dass er Zeitung entnommen habe, dass in Gießen ein Durchstich durch die Bahn im Bereich Leihgesterner Weg im Bauausschuss diskutiert wurde. Er wiederhole sich zum dritten oder vierten Mal und frage, wie ist der Sachstand in Linden sei?

Bürgermeister erklärt, dass er gerne das Parlament auf dem Laufenden halten werde. Man habe hier auch nach der letzten Anfrage nachgefragt, er habe aber seither keine weiteren Informationen erhalten. Er werde aber entsprechend unterrichten, wenn etwas vorliege.

Stadtverordneter Spangenberg, führt dazu aus, dass es zwei Wege gebe. Entweder man warte ab oder aber gehe aktiv darauf zu. Er fragt, ob es sich der Magistrat vorstellen könne, den aktiven Weg zu beschreiten.

Bürgermeister betont, dass er sich nicht gerne überfahren lasse und so eine Situation könnte entstehen, wenn von heute auf morgen, man müsse etwas entscheiden. Er nimmt dieses noch einmal zum Anlass, sich zu bemühen, um eine Klärung herbeizuführen, wobei es schwierig sei, den richtigen Ansprechpartner zu finden.

Stadtverordneter Spangenberg pflichtet Bürgermeister hinsichtlich des Ansprechpartners bei, schlägt aber vor, dass Kolleginnen und Kollegen der Universitätsstadt Gießen mit Rat und Tat stehen könnten.

#### **b)       Tauschbibliothek**

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Schütz fragt nach dem Sachstand Tauschbibliothek.

Bürgermeister König teilt dazu mit, dass er die Seniorenwerkstatt angesprochen hatte, dort aber derzeit gewisse Bedenken bestünden, auf die er nicht näher eingehen möchte. Sollte es von dort aus nicht machbar sein, so werde der Bauhof dann entsprechend tätig werden.

#### **c)       Sitzungstermine**

Stadtverordnetenvorsteher teilt die Termine der im nächsten Jahr anstehenden Stadtverordnetensitzung mit. Diese sollen jeweils dienstags um 20 Uhr stattfinden und zwar: 10.02.2015, 24.03.2015, 12.05.2015, 14.07.2015, 15.09.2015, 03.11.2015, 15.12.2015. Zu dem im Ältestenrat festgelegten ersten Termin im Jahr 2016 war im Nachhinein festzustellen, dass es sich dabei um den Fastnachtsdienstag handelte, so dass hier noch ein neuer Termin festzulegen sei.

**Ende der Sitzung:** 21.10 Uhr

-----  
Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

-----  
Hans Ulrich Heymann, Protokollführer